

## REFERAT

Thema	Bedeutung und Aufgaben der Gemeinden in der Berner Energiepolitik
Referentin	Frau Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin des Kantons Bern
Anlass	25-Jahre Jubiläum der regionalen Energieberatungsstelle Thun/Innertport, Gürbe- und Kandertal
Datum	Montag, 15. Mai 2006; 16.00 Uhr
Ort	Schulanlage Gotthelf, Sustenstrasse 2, 3604 Thun <i>Es gilt das gesprochene Wort!</i>

Sehr geehrte Damen und Herren  
Werte Gäste

Die regionale öffentliche Energieberatungsstelle – ist sie ein überflüssiges Relikt aus der Ära Energie2000, das sich im Kanton Bern hartnäckig am Leben hält? Oder ist sie eine nicht mehr wegzudenkende Errungenschaft, deren Bedeutung im laufenden Jahrzehnt noch wachsen wird?

Schauen wir zurück: Die Idee, die öffentliche Energieberatung in die Regionen hinaus, näher an die Bürger, Konsumentinnen und Gemeinden zu bringen, stammt aus der Zeit vor Energie2000, dem Vorgängerprogramm von EnergieSchweiz. Das erste Berner Energiegesetz von 1981 gab und gibt die Möglichkeit, neutrale Auskunftsstellen für Energiefragen zu unterstützen. Zusammen mit einigen weiteren Regionen gehörte Thun-Innertport zu den Pionieren, welche diese Chance rasch ergriffen haben.



Im Rahmen von Energie2000, der ersten grossangelegten, politisch breit abgestützten und auf viele Akteure verteilten Aufklärungsoffensive im Energiebereich, wurden die regionalen Energieberatungsstellen zu einer festen Institution in den meisten Kantonen. «Energiesparen» war damals das Schlagwort, im Vordergrund stand die Aufklärung und Sensibilisierung von Fachleuten, Bevölkerung und Gemeinden. Es galt, enorme Wissensdefizite aufzuholen und konkrete Anleitungen zum Energiesparen im Alltag zu geben. Erinnern Sie sich noch an Bundesrat Ogi Eierkochen?

Heute weiss jeder, dass die Energiesparlampe nicht wegen ihres Designs ein Marktrenner geworden ist und dass die A-Etikette auf der neuen Waschmaschine nichts mit der Schleuderdrehzahl zu tun hat.

In den letzten Jahren wurden in der Schweiz verschiedene Energieberatungsstellen abgebaut, nicht etwa wegen dem verbesserten Wissensstand der Energiekonsumenten, sondern wegen des Spardrucks in den Kantonen und dem schwindenden Interesse der breiten Öffentlichkeit am Thema Energie.

Heute steht der Kanton Bern mit zehn regionalen Energieberatungsstellen ziemlich allein und exotisch in der Kantonslandschaft. Einzigartig ist bei uns nicht nur die gute regionale Abdeckung durch die öffentliche Energieberatung, sondern vor allem das Finanzierungsmodell dahinter: Die regionalen Planungsverbände finanzieren die Beratungsstelle ihrer Region zu gleichen Teilen wie der Kanton und setzen damit ein klares Zeichen, dass sie auf dieses Beratungsangebot nicht verzichten wollen. Leisten wir uns im Kanton Bern einen ungerechtfertigten Luxus, was meinen Sie, meine Damen und Herren?

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir uns damit keinen Luxus leisten. Was gestern vielleicht ein Festhalten an einem alten Relikt war, ist heute bereits wieder ein überzeugtes „der Zeit voraus sein“. Die Rolle und Aufgabe der regionalen Energieberatungsstellen haben sich im Ver-

laufe der Zeit allerdings stark verändert: Es ist ein langsames Wegkommen von der Bürger- und Konsumentenberatung hin zur umfassenden Beratung und Prozessbegleitung von Gemeinden und privaten Investoren. Und gerade in dieser Rolle sind die Energieberatungsstellen zunehmend wichtig. Auch andere Kantone haben dies erkannt, denn es gibt erste Anzeichen, dass sie ihre regionale Energieberatung wieder ausbauen wollen.

Wie Sie wissen, hat sich der Regierungsrat des Kantons Bern klar dafür ausgesprochen, dass er die Nachhaltige Entwicklung im Kanton stärken will. Mit einer zukunftsgerichteten und verlässlichen Energiepolitik stärken wir den Wirtschaftsstandort Bern und schonen die Umwelt, denn sie ist die Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität. Gleichzeitig nimmt der Kanton Bern seine Verantwortung gegenüber den globalen Problemen wahr, indem er den Energiekonsum auf das notwendige Mass senkt. In einem ersten Schritt wollen wir den Verbrauch an nicht erneuerbaren Energien von heute 6'000 Watt auf 4'000 Watt reduzieren.

Den grössten Handlungsspielraum hat der Kanton bei der rationellen Energienutzung in Gebäuden. Wenn unsere Häuser weniger Energie verbrauchen, weil sie gut gebaut sind, können wir sie mit einheimischen, erneuerbaren Energien kostengünstig heizen. Bei Neubauten kann der Energieverbrauch dank MINERGIE um 50 Prozent reduziert werden, bei Sanierungen um 60 bis sogar 70 Prozent! Alleine im Jahr 2005 hat der Kanton Bern rund 2.2 Millionen Franken Förderbeiträge für MINERGIE-Gebäude zugesichert.

Was der Staat weiter tun kann: Er kann Anreize für einen sparsamen Umgang mit Energieträgern schaffen, in Anbetracht der Klimaprobleme gerade auch im Verkehrsbereich. Zum sparsamen Umgang mit wertvollen Ressourcen trägt die konsequente Abstimmung von Verkehr und Siedlung bei, wie sie der Regierungsrat mit seiner Agglomerationsstrategie und dem Kantonalen Richtplan anstrebt. Dazu gehört weiter, dass sich öffentlicher Verkehr, motorisierter Individualverkehr und Langsamverkehr sinnvoll ergänzen. Und: Initiativen von Transportunternehmen wie jene von Bernmobil, die städtischen Busse auf Biogas umzustellen, begrüssen wir sehr. Vergessen wir aber nicht: Im Bereich der Verkehrspolitik ist primär der Bund gefordert, und wie Sie wissen, stehen hier wichtige Weichenstellungen an.

Zur Berner Energiepolitik gehört ein weiterer, ganz zentraler Punkt: Wir müssen wegkommen von den fossilen Energieträgern. Es ist zwar zu erwarten, dass die Preise für diesen Energieträger steigen und die Nachfrage als Folge davon gedämpft wird. Da der Zeitpunkt des Eintretens allerdings nur beschränkt vorhersehbar ist, müssen wir uns darauf bereits heute wappnen und für die Wirtschaft planbare Rahmenbedingungen schaffen.

Im Gegenzug müssen die erneuerbaren Energien konsequent weiter gefördert werden. Dazu gehören vor allem einheimische Ressourcen wie Biomasse, Holz und Wasser, in einem kleineren Ausmass auch Wind und Sonne. Wenn wir solche Energieträger vermehrt nutzen, profitieren davon alle drei Dimensionen der Nachhaltigen Entwicklung: die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Umwelt.

Wir dürfen uns aber nichts vormachen, sehr verehrte Damen und Herren. Eine "saubere" Energie gibt es nicht! Auch bei den erneuerbaren Energieträgern haben wir Zielkonflikte. Denke Sie etwa an die Landschaft und die Lärmimmissionen bei einem Windpark oder an die Problematik der Restwassermenge bei der Wasserkraft.

Die in meiner Direktion entwickelten Instrumente helfen uns aber, diese Interessenkonflikte systematisch aufzuzeigen, um Entscheide aus einer Gesamtsicht heraus zu fällen. Diese Beurteilung der Nachhaltigkeit wenden wir bei allen grösseren Projekten an, beispielsweise bei KWOpus.

Verkürzt lässt sich die aktuelle Energiepolitik so beschreiben: Primäre Aufgabe des Kantons Bern ist es, kurz- bis mittelfristig dafür zu sorgen, dass die ausreichende Energieversorgung zu einem angemessenen Preis sichergestellt ist, Stichwort Service public. Parallel dazu müssen wir selbstbestimmt den Weg zur Energieeffizienz gehen und die Abhängigkeit von den fossilen Brennstoffen aufbrechen.

Bei der Umsetzung der Energiepolitik im Kanton Bern spielen die Gemeinden eine Schlüsselrolle. Sie sind für mich klar die Hauptakteure bei der Förderung von energieeffizienten Bauten und erneuerbaren Energien – den beiden Hauptpfeilern der kantonalen Energiepolitik. Die Gemeinde hat letztlich den grössten Einfluss auf die Bauherrschaften, gibt sie doch im Rahmen von Ortsplanung und Baureglement, aber auch als Baubewilligungsbehörde den Bewegungsradius vor. Bewegungsradius vorgeben heisst nicht nur einschränken, sondern auch Optionen und Anreize bieten, damit der Bauherr ein besseres Gebäude baut und seinen Energiebedarf mit erneuerbaren Energien deckt. Aber nicht nur mit baureglementarischen Anreizen und Optionen, auch mit gezielter Information und Beratung kann die Gemeinde private Bauherrschaften in ihrer Entscheidungsfindung unterstützen.

Baut und saniert die Gemeinde zudem noch ihre eigenen Bauten zum Beispiel nach dem MINERGIE-Standard oder ersetzt sie ihre Ölheizungen durch andere Systeme, unterstreicht dies damit ihre Glaubwürdigkeit. Das wiederum hat eine enorme Signalwirkung auf die Privaten.

Sie sehen, meine Damen und Herren, die Gemeinden haben einen relativ grossen Handlungsspielraum, eine Entwicklung zu fördern, die zu einem bedeutend kleineren Energiebedarf bei Gebäuden und damit zu einer geringeren Abhängigkeit von fossilen Energieträgern führt.

Der Kanton Bern setzt viele Ressourcen ein, um den Gemeinden ihren Spielraum aufzuzeigen und ihnen zu helfen, diesen wahrzunehmen. Mit dem Berner Energieabkommen BEakom, das Ihnen wohlbekannt sein wird, hat er einen Rahmen für die Zusammenarbeit im Energiebereich zwischen dem Kanton und den Gemeinden geschaffen. Damit stellt er den Gemeinden eine professionelle Beratung und Begleitung zur Verfügung bei der Umsetzung eines langfristigen, auf die Begebenheiten der Gemeinde zugeschnittenen Energieprogramms. Den regionalen Energieberaterinnen und -beratern kommt dabei eine wichtige Funktion zu. Sie verstehen sich dabei nicht nur als technische Berater, sondern vermehrt auch als Coach von politischen und behördlichen Prozessen.

Ich gratuliere den Planungsverbänden von Thun/Innertport, Gürbe- und Kandertal zum stolzen Jubiläum ihrer Energieberatungsstelle und danke Ihnen allen ganz herzlich für ihr langjähriges Engagement im Interesse einer Energiepolitik, die zur Nachhaltigen Entwicklung im Kanton Bern beiträgt. Merci.